

Inhalt

Frauen- und Mädchenpolitik

Deutscher Frauenring e.V. Wanderausstellung "ÜBER LEBEN - Ezidinnen nach dem Femizid... 2	2
Mehr Frauen in die Parlamente – nur wie? Juristinnenbund veröffentlicht Forderungspapier ... 2	2
Frauen benachteiligt im Arbeitsleben - Schwerpunktthema der Frauenminister*innen 3	3
Fragen nach Kinderwunsch und sexueller Orientierung sind unzulässig..... 3	3
Bei den Einkommen wesentliche Unterschiede nach Geschlecht und Region 3	3
Ehegattensplitting hemmt die gleichberechtigte Arbeitsteilung – Gender Gap kleiner 3	3
Gleich viele Frauen und Männer: Brandenburg beschließt Paritätsgesetz für Wahlen..... 4	4
„Überparteiliche Initiativen für Parität der Geschlechter in Parlamenten ergreifen“ 4	4
„Der Staat kann die Benachteiligung von Frauen bei Wahlen nicht länger hinnehmen“ 5	5
„Eine Frauenquote auch im öffentlichen Dienst ist unumgänglich“ 5	5
„Europa zusammenhalten“ – Deutscher Frauenrat mit Appell zur Europa-Wahl 2019..... 5	5
Der DGB fordert von der Bundesregierung „endlich eine Gleichstellungsstrategie“ 6	6
„Frauen wählten früher mehrheitlich schwarz, jetzt grün“ 6	6
„Stark im Beruf“ – Unternehmen profitieren von Müttern mit Migrationshintergrund 6	6
Warnung vor erheblicher Nebenwirkungen hormoneller Kontrazeptiva..... 7	7
Genderstern* ersetzt Binnen-I 7	7

NRW Kompakt

Ministerin Scharrenbach und Minister Reul: Dunkelfeldstudie soll erstmalig in Nordrhein-Westfalen Gewalt gegen Mädchen, Frauen, Jungen und Männer erhellen 8	8
Ministerin Scharrenbach: Studie startet – Landesregierung untersucht Schutz- und Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen..... 8	8
Für 210 Millionen Euro zweites beitragsfreies Kita-Jahr 9	9
Prostituiertenberatung – nötig auch im ländlichen Raum und jetzt erschwert 9	9

Tipps & Termine

„Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und Du“ 10	10
--	----

Anlagen

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an info@frauenbueros-nrw.de – Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

gefördert vom
Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Deutscher Frauenring e.V. Wanderausstellung "ÜBER LEBEN - Ezidinnen nach dem Femizid
 Ezidische Frauen, denen die Flucht vom IS gelang, fanden den Mut, über die Gewalt zu berichten, die der IS ihnen angetan hat. Sie wurden zwischen Dez. 2017 und März 2018 in Qamishli (Rojava/Nordsyrien), in Şingar (Norderak) und im Raum Baden-Württemberg (Deutschland) interviewt. Sie wollen Zeugnis für mögliche Gerichtsverfahren gegen die Täter ablegen, die Kriegsverbrechen gegen sie bekannt machen und künftig unterbinden, und über noch gefangene Menschen berichten. Sie erzählen eine Geschichte von Leid sowie großer Stärke. Ihnen ist wichtig, ÜBER LEBEN zu sprechen, denn ihre Kraft erwächst aus der Hoffnung, durch Aufarbeitung, Gerechtigkeit, Menschenrecht und internationalen Schutz zum Frieden für alle Ezid*innen zu gelangen. Hierzu Infos zur Wanderausstellung. <http://www.deutscher-frauenring.de/de/bonn-wanderausstellung-ueber-leben-ezidinnen-nach-dem-femizid-2014> 2014"

(BAG Newsletter Januar 2019)



Mehr Frauen in die Parlamente – nur wie? Juristinnenbund veröffentlicht Forderungspapier

Im Jubiläumsjahr 100 Jahre Frauenwahlrecht sitzen gerade mal 30,9 Prozent weibliche Abgeordnete im Bundestag. In den Länderparlamenten sieht es teilweise noch schlechter aus. Die Hoffnung, dass Frauen schon „von allein“ mit jeder Wahl mehr repräsentiert sind, hat sich zerschlagen. Zu Recht wird die Forderung nach einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen lauter – und zwar in nahezu allen politischen Parteien. Erste Schritte, dies zu erreichen, nennt der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) in einem heute veröffentlichten Positionspapier. Der djb fordert darin konkrete – auch gesetzliche – Maßnahmen zur Förderung von Parität in den Parlamenten.

„Wenn Parteien Frauen deutlich seltener zur Wahl stellen als Männer – auch dann, wenn es geeignete Bewerberinnen um Mandate gibt –, kann der Staat das auf Dauer nicht hinnehmen. Das ergibt sich nicht zuletzt aus dem Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes. Die Wahlchancen von Frauen müssen gewährleistet und ihre strukturelle Benachteiligung in der deutschen Politik beseitigt werden. Solange eine Anpassung des Wahlrechts mit dem Ziel der Förderung von Parität aussteht, müssen der Gesetzgeber und die politischen Parteien das schon heute Mögliche tun. Auch die Parteien sind verfassungsrechtlich der Gleichberechtigung verpflichtet. Die heute präsentierten Vorschläge sind mit dem entsprechenden politischen Willen ohne weiteres umsetzbar.“, so die Präsidentin des djb Prof. Dr. Maria Wersig.

Als wichtigen ersten Schritt schlägt der djb vor, im Parteiengesetz festzulegen, dass „Frauen bei der Aufstellung der Kandidaturen für politische Wahlen geeignet gefördert werden“ müssen. Die Verpflichtung aller Parteien zu geeigneten Maßnahmen zur Herstellung von Chancengleichheit wäre damit ausdrücklich im Parteiengesetz verankert. Sie ist durch Regelungen in den Satzungen der Parteien zu erfüllen. Außerdem sollen Parteien, deren Wahllisten einen Frauenanteil von 35 Prozent aufwärts enthalten, im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung belohnt werden. Der djb macht sich schließlich dafür stark, eine Frauenquote von 40 Prozent für die Besetzung von parlamentarischen Ausschüssen und Unterausschüssen in den Geschäftsordnungen der Parlamente zu verankern. Damit würden die Parlamente sich zu Grundsätzen bekennen, die für die Besetzung von Gremien der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft längst etabliert sind. Gleichzeitig wendet sich Wersig gegen Stimmen im politischen Prozess, die gesetzliche Maßnahmen ablehnen und Frauen auffordern, sich mehr in Parteien zu engagieren: „Das Engagement ist nicht das Problem. Politisch engagierten Frauen kann nicht die Schuld für strukturelle Diskriminierung zugeschoben werden. Die Parteien haben in unserer Demokratie eine Verantwortung, nicht nur um Wählerinnen zu werben, sondern auch um Kandidatinnen. Gesetzliche Maßnahmen, die dafür sorgen, sind möglich und angesichts der Situation auch nötig.“

(01.11.2019 Juristinnenbund)



Frauen benachteiligt im Arbeitsleben - Schwerpunktthema der Frauenminister*innen

Das Land Rheinland-Pfalz hat zum 01.01.2019 den Vorsitz der Gleichstellungs- und Frauenminister*innenkonferenz (GMFK) der Länder übernommen. Neue Vorsitzende ist die Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel (B'90/Die Grünen). Anlässlich des Jahreswechsels teilte sie in Mainz mit, Themenschwerpunkt der GMFK in 2019 seien „die Auswirkungen des Machtgefälles zwischen Männern und Frauen im Arbeitsleben“. Dabei sollten „sowohl die geschlechtsbezogene strukturelle Diskriminierung von Frauen als auch die sexuelle Belästigung von Frauen am Arbeitsplatz thematisiert werden“.

(fpd 16.01.19)

**Fragen nach Kinderwunsch und sexueller Orientierung sind unzulässig**

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz untersagt „eine Benachteiligung von Beschäftigten aufgrund des Alters, einer Behinderung, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Religion/Weltanschauung“. In diesem Sinne stelle z. B. die Frage nach einer Schwangerschaft eine Benachteiligung von Bewerberinnen wegen des Geschlechts und einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot dar.“ Hierauf hat der kommissarische Leiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hingewiesen und festgestellt, dass dies auch für Fragen nach einem Kinderwunsch oder der sexuellen Orientierung gelte. Auch 12 Jahre nach Inkrafttreten des AGG berichteten Bewerbende über unzulässige Fragen in Vorstellungsgesprächen, wie eine aktuelle Umfrage ergeben habe.

(fpd 16.01.19)

**Bei den Einkommen wesentliche Unterschiede nach Geschlecht und Region**

In den vergangenen Jahren haben sich in Deutschland sowohl Armut als auch Reichtum verfestigt, hat der aktuelle „Verteilungsbericht“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung registriert. „Zudem“, so heißt es, „zeigen sich wesentliche Unterschiede nach Geschlecht und Region: Dauerhafte Armut kommt in Ostdeutschland etwa sechs Mal so häufig vor wie in den alten Bundesländern. Westdeutsche Männer haben am häufigsten ein dauerhaft hohes Einkommen: Etwa zwei Drittel der Wohlhabenden sind männlich, insgesamt leben 95 Prozent der Einkommensreichen in den alten Bundesländern. Bildung und Vollzeitberufstätigkeit sind wesentliche Faktoren, um Armut zu vermeiden und ein höheres Einkommen zu erzielen. Daher müssen soziale Hürden beim Bildungszugang abgebaut und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessert werden.“ Im WSI-Bericht heißt es zum Geschlechterverhältnis: „Etwa drei Viertel der dauerhaft Einkommensreichen sind Männer. Unter den dauerhaft Armen stellen Frauen die Mehrheit. Allerdings ist der Unterschied hier nicht so groß: 54 Prozent sind weiblich, 46 Prozent männlich.“ „Für Teilzeitbeschäftigte oder Menschen mit Minijobs bestehen (...) kaum Aussichten auf ein hohes Einkommen. Dabei hat vor allem Teilzeit in den vergangenen Jahren stark zugenommen.“ „Alleinerziehende und Singles tragen das höchste Risiko, dauerhaft arm zu bleiben. Dagegen erzielen Doppelverdiener ohne Kinder am häufigsten dauerhaft hohe Einkommen: Knapp 55 Prozent der dauerhaft Einkommensreichen sind Paare ohne Nachwuchs im Haushalt.“

(fpd 16.01.19)

**Ehegattensplitting hemmt die gleichberechtigte Arbeitsteilung – Gender Gap kleiner**

Die Arbeitszeiten von Männern haben sich seit 2010 „leicht verringert, während Frauen heute länger arbeiten“. „Als Folge davon hat sich der Gender Time Gap von 9,3 Std. auf 8,7 Std. deutlich reduziert. Grund hierfür ist ein Trend zu längerer Teilzeit bei den Frauen, insbesondere bei Müttern.“ Dies meldet der aktuelle IAQ-Report des Instituts für Arbeit & Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Es heißt darin weiter:

- „Frauen und Männer und vor allem Mütter und Väter haben weiterhin grundsätzlich andere Arbeitszeitrealitäten. Teilzeit hat sich dabei als die Arbeitszeitform von Müttern weiter manifestiert.
- Im EU-Vergleich sind die Arbeitszeiten von Frauen in Deutschland die zweitkürzesten. Nur in den Niederlanden arbeiten Frauen weniger Stunden in der Woche.
- Mütter in Deutschland sind im EU-Vergleich deutlich schlechter in den Arbeitsmarkt eingebunden als Frauen ohne Kinder. Kinder zu haben stellt also einen Risikofaktor für die Erwerbstätigkeit und finanzielle Absicherung von Frauen dar.
- Das Ehegattensplitting steht im Widerspruch zu familienpolitischen Maßnahmen wie Kita-Ausbau und Elterngeld und erweist sich auch als Hemmschuh für eine gleichberechtigte Arbeitsteilung von Frauen und Männern.“

„Zwar scheinen die familienpolitischen Maßnahmen wie Kita-Ausbau und Elterngeld Wirkung zu zeigen. Allerdings wird hier alleine an der ‚Schraube‘ Frau/Mutter gedreht, die bestehende Rollenverteilung wird kaum angegriffen“, so IAQ-Arbeitsmarktexpertin Angelika Kümmerling. Teilzeit werde vor allem von Müttern, „sehr viel seltener von Vätern gewählt“. Auf Seiten der Männer habe „sich kaum etwas getan“. Eine Ursache sei das Ehegattensplitting im Steuerrecht.



(fpd 16.01.19)

Gleich viele Frauen und Männer: Brandenburg beschließt Paritätsgesetz für Wahlen

So der Titel der Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes zur Verabschiedung des Paritätsgesetz in Brandenburg: www.djb.de/verein/Kom-u-AS/K5/pm19-05/

Der Brandenburger Landtag beschloss am 31.01.2019 mit den Stimmen von SPD, Linken und Bündnis 90/Grüne als erstes Bundesland ein Paritätsgesetz. Dieses hat zum Ziel, dass in den Parlamenten künftig mindestens genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind. Mit der Verabschiedung des Gesetzes soll die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik gesichert werden. Bundesweit ist Brandenburg Vorreiter. Danach müssen ab Mitte 2020 die Wahllisten der Parteien immer abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt werden. Frauen dürfen in Deutschland seit hundert Jahren wählen, gleichzeitig sind sie in den Parlamenten eklatant unterrepräsentiert. Mit dem nun beschlossenen Paritätsgesetz ist ein Gesetz beschlossen, das dieses für den Brandenburger Landtag ändern dürfte. Von diesem Schritt geht eine riesige Signalwirkung aus, die in anderen Bundesländern ähnliche Gesetze zur Folge haben könnte. Die Landtagspräsidentin Britta Stark betonte: „Das Ringen um Parität in den Parlamenten war in Brandenburg ein Beispiel für einen lebendigen demokratischen Diskurs, der zu einer Unterstützung der Zivilgesellschaft für ein hochaktuelles politisches Thema geführt hat“. Die Oppositionsfraktionen von CDU und AfD stimmten gegen das Gesetz. Sie halten es für verfassungswidrig, weil es unzulässig in das Wahlrecht eingreife. Die Regelung soll erst im Sommer 2020 und damit nach der Brandenburger Landtagswahl im Herbst in Kraft treten. Weitere Informationen dazu auf der Internetseite des Landtages Brandenburg:

www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/aktuelle_meldungen_aus_dem_landtag/397203



„Überparteiliche Initiativen für Parität der Geschlechter in Parlamenten ergreifen“

Aufruf des Deutschen Frauenrats

Da 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts der Anteil weiblicher Bundestagsmitglieder niedriger liege als vor 20 Jahren, hat der Deutsche Frauenrat (DF) in einem aktuellen Aufruf [#mehrfrauenindieparlamente](#) an die „demokratischen Parteien“ appelliert, „im Rahmen von Wahlrechtsreformen sicherzustellen, dass Männer und Frauen je zur Hälfte in den Parlamenten vertreten sind – sowohl bei Listen- als auch bei Direktmandaten“. Die weiblichen Mitglieder im Bundestag, in den Landtagen, Kreistagen und Gemeinderäten werden aufgefordert, fraktionsübergreifende Initiativen für Parität in den Parlamenten zu ergreifen und einer Wahlrechtsreform ohne Parität nicht zuzustimmen. „Ohne Geschlechterparität bleibt die Demokratie unvollendet,“ sagte die DF-Vorsitzende Mona Küppers. Sie fügte hinzu: „Wir lassen uns nicht mit Argumenten abspeisen, dass ein Paritätsgesetz verfassungswidrig sei (vgl.fpd 725, S.3). Solche Totschlagsargumente ersticken die notwendige politische Debatte im Keim.“ DF-

Vorstandsmitglied Elke Ferner betonte: „Wenn der politische Wille vorhanden ist, sind auch rechtliche Änderungen möglich.“ (Vgl. auch die DF-Erklärung „Die Demokratie ist unvollendet“ vom November 2018).



„Der Staat kann die Benachteiligung von Frauen bei Wahlen nicht länger hinnehmen“

Gesetzliche Maßnahmen zur Herstellung der Geschlechterparität in den Parlamenten fordert der Deutsche Juristinnenbund (djb) in einem aktuellen Positionspapier. Die Präsidentin des djb, Prof. Maria Wersig, erklärte: „Wenn Parteien Frauen deutlich seltener zur Wahl stellen als Männer – auch dann, wenn es geeignete Bewerberinnen um Mandate gibt –, kann der Staat das auf Dauer nicht hinnehmen. Das ergibt sich aus dem Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes. Die Wahlchancen von Frauen müssen gewährleistet und ihre strukturelle Benachteiligung in der deutschen Politik beseitigt werden. Solange eine Anpassung des Wahlrechts mit dem Ziel der Förderung von Parität aussteht, müssen der Gesetzgeber und die politischen Parteien das schon heute Mögliche tun.“ Die Vorschläge des djb, so Wersig, seien „mit dem entsprechenden politischen Willen ohne weiteres umsetzbar“. Erster wichtiger Schritt wäre für den djb, „im Parteiengesetz festzulegen, dass ‚Frauen bei der Aufstellung der Kandidaturen für politische Wahlen geeignet gefördert werden‘ müssen“. Außerdem sollen „Parteien, deren Wahllisten einen Frauenanteil von 35 Prozent aufwärts enthalten, im Rahmen der staatlichen Parteienfinanzierung belohnt werden.“ In den Geschäftsordnungen der Parlamente sei „eine Frauenquote von 40 Prozent für die Besetzung von parlamentarischen Ausschüssen und Unterausschüssen“ zu verankern.



(fdp 01.02.19)

„Eine Frauenquote auch im öffentlichen Dienst ist unumgänglich“

„Rund 57 Prozent Frauen – in Zahlen 2,7 Millionen – sind im öffentlichen Dienst beschäftigt, von den Leitungspositionen ist jedoch nur etwa jede dritte weiblich besetzt. Vor allem Beamtinnen stoßen im öffentlichen Dienst früh an Karrieregrenzen.“ Eine Frauenquote, so die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, sei „deshalb auch im öffentlichen Dienst unumgänglich“. Nach Ansicht von Wildfeuer gibt es „kein Regelungsproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“. Die bestehenden Gesetze gäben die richtige Richtung vor, doch mangle es am entsprechenden Bewusstsein. Beispielsweise arbeiteten etwa 47 Prozent aller weiblichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Teilzeit, aber nur jeder zehnte Mann. In dieser „Teilzeitfalle“, so Wildfeuer im „dbb frauen Newsletter“, wirkten sich „die Fehlzeiten aufgrund familiärer Pflichten nachteilig beider Leistungsbeurteilung aus“. Sie verwies auf die Verpflichtung des Koalitionsvertrags, „bis 2025 die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes zu erreichen“. Hierfür müsse man „neue Mechanismen schaffen“. Eine Quote erscheine „als adäquates Mittel zum Zweck“, ebenso die Teilbarkeit von Führungsaufgaben (Top-Sharing)“ und auch „mehr mobile Arbeitsformen“. Aber ohne die Quote, so die dbb-Frauen-Vorsitzende, werde „es im öffentlichen Dienst nicht gehen“.



(fdp 01.02.19)

„Europa zusammenhalten“ – Deutscher Frauenrat mit Appell zur Europa-Wahl 2019

Im Vorfeld der im Mai 2019 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament hat der Deutsche Frauenrat (DF) „alle demokratischen Parteien in Deutschland“ dazu aufgefordert, „sich in ihren Wahlprogrammen für Frauenrechte und Gleichstellung in der Europäischen Union einzusetzen.“ Der Frauenrat hat „den Parteien einen Katalog vorgelegt, in dem er u.a. fordert: ein Bekenntnis zu einer freiheitlichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, eine proaktive Gleichstellungspolitik, eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem europäischen Arbeitsmarkt, gute und geschlechtergerechte Bildung sowie die konsequente Bekämpfung von und Schutz vor Gewalt gegenüber Frauen.“

Zwar müsse die EU in vielen Punkten reformiert werden, heißt es in dem Appell des DF an die Parteien. „Doch nur gemeinsam und im Rahmen der bestehenden Verträge können wir sie zu einer echten Union der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln, nur gemeinsam den Aufstieg national-chauvinistischer, rechtspopulistischer und -extremistischer, antifeministischer und fremdenfeindlicher Kräfte verhindern, die diese Gemeinschaft zerstören wollen.“ Die deutschen Frauenverbände versichern: „Überall in Europa stehen Frauenbewegungen in diesem Kampf in der ersten Reihe. Sie tragen dazu bei, Solidarität, Gleichberechtigung und Menschenrechte in einem demokratischen Europa zu stärken.“ Und: „Wir rufen alle demokratischen Parteien und deren KandidatInnen dazu auf, sich diesem gemeinsamen Ziel zu verschreiben.“ Als Dachverband der deutschen Frauenorganisationen will sich der DF im Rahmen seines derzeitigen Schwerpunktthemas „Gleichstellung in Europa“ „mit Nachdruck für eine europäische Gleichstellungsstrategie einsetzen, die die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in den Mitgliedsstaaten auch künftig vorantreibt.“

(fdp 01.02.19)



Der DGB fordert von der Bundesregierung „endlich eine Gleichstellungsstrategie“

Die „politischen Schwerpunkte für das Jahr 2019“, die der Geschäftsführende DGB-Bundesvorstand am 18. Januar für die Gewerkschaften vorgestellt hat, enthalten auch die von der stv. DGB-Vorsitzenden Elke Hannack vertretene Forderung an die Bundesregierung, „endlich eine Gleichstellungsstrategie vorzulegen, wie sie im Koalitionsvertrag angekündigt wurde“. In dem Papier des DGB heißt es: „Alle Gesetzesvorhaben sollten dahingehend geprüft werden, ob sie die strukturelle Benachteiligung von Frauen vermindern. Für 2019 gibt es inzwischen zwar einen Haushaltsansatz für eine solche Strategie, aber noch keine konkreten Vorschläge aus dem zuständigen Ministerium – geschweige denn auch nur ein Zeichen der anderen Ressorts, sich hier zu engagieren. Wir setzen darauf, dass dies schnellstens kommt.“ – ...

(fdp 01.02.2019)



„Frauen wählten früher mehrheitlich schwarz, jetzt grün“

Frauen hätten seit Einführung des Frauenwahlrechts „überproportional für konservative und christliche Parteien gestimmt“, berichtete der „Spiegel“ (4/19) unter Berufung auf das Statistische Bundesamt und die Forschungsgruppe Wahlen. Das Magazin wörtlich: „Wahlforscher erklärten ihr historisch konservatives Wahlverhalten mit einer stärkeren religiösen Bindung.“ Und: „Von der Angleichung der Geschlechterrollen profitierten ab den 90er Jahren vor allem die Grünen. Die Unterrepräsentanz von Frauen unter der AfD-Wählern bestätigt eine historische Erfahrung: Frauen wählen tendenziell weniger radikal als Männer.“

(fdp 01.02.19)



„Stark im Beruf“ – Unternehmen profitieren von Müttern mit Migrationshintergrund

Das Bundesfrauenministerium zeigt in einer neuen Broschüre „Stark im Beruf – So profitieren Unternehmen“, „wie Mütter mit Migrationshintergrund erfolgreich in den Beruf einsteigen können und verdeutlicht, dass Unternehmen von den Kompetenzen der Frauen profitieren.“ Gegenwärtig, so heißt es, seien in Deutschland mehr als eine Millionen Mütter mit Migrations-hintergrund, die minderjährige Kinder haben, nicht erwerbstätig. Viele dieser Mütter wünschten sich jedoch, erwerbstätig zu sein. Auf der anderen Seite suchten Unternehmend dringend Fachkräfte. Frauen und Unternehmen müssten „also besser zueinander finden“. Bundesweit würden an rund 90 Standorten Mütter beraten, qualifiziert und auf den Arbeitsalltag vorbereitet. Bestellung bzw. Download der Broschüre unter www.bmfsfj.de (Service/Publikationen).

(fdp 01.02.19)



Warnung vor erheblicher Nebenwirkungen hormoneller Kontrazeptiva

Mit Hinweis auf eine aktuelle Studie, derzufolge eine hormonelle Empfängnisverhütung mit „Antibabypille“, Hormonspirale und -pflaster mit erheblichen Nebenwirkungen – von Depressionen bis zu einem erhöhten Suizidrisiko – verbunden ist, hat das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte am 21. Januar einen „Warnhinweis“ veröffentlicht. Auf Empfehlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur werde in den Beipackzetteln hormoneller Verhütungsmittel künftig vor möglichen Folgen in dieser Richtung gewarnt, wurde mitgeteilt. Grundlage der Warnung ist eine dänische Kohortenstudie über 8 Jahre mit 475.000 beteiligten Frauen im Alter über 15 Jahre.

(fpd 01.02.19)**Genderstern* ersetzt Binnen-I**

Erstmals verwendet die Verwaltung einer deutschen Großstadt den Genderstern. Die Reaktionen gehen diametral auseinander.

Die Stadt Hannover hat kürzlich «Empfehlungen für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache» veröffentlicht. Danach haben geschlechtsumfassende Formulierungen Vorrang: «Redeliste» statt «Rednerliste». Wenn es keine passende Formulierung gibt, soll der Genderstern das bisher empfohlene Binnen-I ersetzen: «Politiker*in» statt «PolitikerIn».

«Alle Menschen ansprechen»

Die Empfehlungen der Stadtregierung sind für den Schriftverkehr der Stadtverwaltung verbindlich. Laut Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) will die Stadtregierung alle Menschen «unabhängig von ihrem Geschlecht» ansprechen. Seit Anfang dieses Jahres anerkennt Deutschland offiziell das dritte Geschlecht im Personenstandsregister.

«Frauen als Anhängsel»

Die feministische Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch bedauerte gegenüber der «Hannoverschen Allgemeinen Zeitung HAZ» die Einführung des Gendersterns in ihrer Heimatstadt Hannover. Sie kritisiert, dass der Genderstern Wörter in Teile zerreißt und Frauen der letzte Teil zugeordnet ist: «Die Frauen finden sich als Anhängsel wieder, wie zu Anfang der feministischen Sprachkritik.» Pusch empfiehlt das generische Femininum, das Männer in der weiblichen Form mit meint. Weil sich dies kaum durchsetzen wird, plädiert Pusch für das Binnen-I. Dieses komme dem generischen Femininum noch am nächsten.

Stephan Weil (SPD), früherer Oberbürgermeister von Hannover und heutiger Ministerpräsident von Niedersachsen, kritisiert die Sprachempfehlungen aus einem ganz anderen Grund. Er hat Bedenken, dass Politik und Verwaltung sich «zu sehr von der Alltagssprache der Menschen entfernen».

Empfehlungen sind «mutig»

Hingegen begrüßt Niedersachsens Sozialministerin Carola Reimann (SPD) die Sprachempfehlungen der Stadt Hannover. «Wir haben eine sehr männlich dominierte, männliche geprägte Sprache. Dabei sind eben 50 Prozent mindestens Frauen», sagte sie dem privaten Radiosender ffn. Gabriele Diewald, Linguistin an der Leibniz-Universität Hannover, findet die Empfehlungen der Stadt «mutig». Wenn Sprache und Schriftbild sich ändern, gebe es immer viel Aufregung, sagte sie der HAZ. «Ich empfehle eher, sich abzuregen. Sprache unterliegt ständigem Wandel.»

Genderstern statt Binnen-I

Bisher empfohlen Hannover und andere Städte in Deutschland das Binnen-I. Nun ist Hannover die erste große Stadt in Deutschland, die den Genderstern empfiehlt, der zurzeit vor allem an Hochschulen verwendet wird. Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat Ende letzten Jahres entschieden, vorerst keine Empfehlung zum Genderstern abzugeben und die gesellschaftliche «Erprobungsphase» verschiedener geschlechtergerechter Schreibweisen abzuwarten.

(www.frauensicht.ch)

08.01.2019 | Gleichstellung: Ministerin Scharrenbach und Minister Reul: Dunkelfeldstudie soll erstmalig in Nordrhein-Westfalen Gewalt gegen Mädchen, Frauen, Jungen und Männer erhellen

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung und das Ministerium des Inneren teilen mit:

Erstmals wird Nordrhein-Westfalen eine Dunkelfeldstudie zu Gewalt gegen Mädchen, Frauen, Jungen und Männer durchführen. Die repräsentative Befragung „Sicherheit und Gewalt in Nordrhein-Westfalen“ soll Ergebnisse über Gewaltkriminalität – unabhängig vom Anzeigeverhalten der Opfer oder späteren Strafverfahren – liefern und das Sicherheitsempfinden in Nordrhein-Westfalen erfassen.

Ministerin Ina Scharrenbach: „Seit den widerwärtigen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/2016 und meiner Arbeit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss habe ich mich dafür stark gemacht, dass auch in Nordrhein-Westfalen eine Studie durchgeführt wird, die das Dunkelfeld bei Gewalt gegen Mädchen und Frauen erhellt. Unverändert ist es so, dass viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht werden. Und wir wollen wissen, warum. Ziel ist es, mit den gewonnenen Erkenntnissen die vorhandenen Angebote weiterzuentwickeln und auszubauen. Dabei wird die nordrhein-westfälische Landesregierung – bundesweit einmalig – auch Gewalt gegen Jungen und Männer zum Gegenstand einer Befragung machen.“

Minister Herbert Reul: „Sicherheit ist nicht nur ein Fakt, sondern auch ein Gefühl. Wir können nicht alles mit Zahlen und Fakten erfassen, sondern müssen auch darauf hören, was die Menschen empfinden. Deshalb wollen wir durch die Bürgerbefragung erfahren, wann und wie sich die Leute sicher fühlen, aber auch, wann sie sich eben nicht sicher gefühlt haben, vielleicht sogar Opfer von Gewalt geworden sind und sich nicht an die Polizei gewendet haben. Die Ergebnisse können uns am Ende helfen, das Dunkelfeld der Kriminalität zu erhellen und unsere Arbeit und die Sicherheit des Landes weiter zu verbessern.“ https://www.mhkbq.nrw/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2019/pm20190108a/FAQ_Dunkelfeldstudie_ON.pdf

[https://www.mhkbq.nrw/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2019/pm20190108a/P](https://www.mhkbq.nrw/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2019/pm20190108a/Partnerschaftsgewalt_2017_ON.pdf)
[artnerschaftsgewalt_2017_ON.pdf](https://www.mhkbq.nrw/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2019/pm20190108a/Partnerschaftsgewalt_2017_ON.pdf)



(fpd 16.01.19)

14.01.2019 | Gleichstellung: Ministerin Scharrenbach: Studie startet – Landesregierung untersucht Schutz- und Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung teilt mit:

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen wird mittels einer Studie die Hilfeangebote für gewaltbetroffene Frauen sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum untersuchen. Ziel der Studie ist es, das bestehende Hilfesystem zu verbessern und mögliche Angebotslücken im Land zu schließen. „Wir werden in ganz Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich und fundiert die Bedarfslage in den Blick nehmen, um damit mögliche Versorgungslücken im Hilfesystem aufzudecken. Dies ist ein wichtiger Schritt, um eine bedarfs- und zielgruppengerechte Versorgung in ganz Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Im Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, die ambulanten und stationären Hilfeangebote für gewaltbetroffene Frauen sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum wissenschaftlich zu untersuchen. Das setzen wir mit der Landes-Bedarfsanalyse jetzt um“, so Ministerin Ina Scharrenbach. Durchgeführt wird die Studie vom sozialwissenschaftlichen Institut „zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.“ Die Untersuchung startet im Februar 2019. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2020 vorliegen. Befragt werden sollen die Gleichstellungsbeauftragten sowie die Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten aller Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen. Ebenso werden alle landesgeförderten Frauenhilfeeinrichtungen befragt. Ergänzend werden auch nicht landesgeförderte Einrichtungen in die Befragung einbezogen.

Die Befragungen werden durch eine Online-Erhebung durchgeführt. Erfasst werden sollen unter anderem das Leistungsspektrum und die Kapazität der Hilfeangebote, die Inanspruchnahme und Zugänglichkeit der Angebote – auch im Hinblick auf bestimmte Zielgruppen sowie die Bedarfsangemessenheit. Die Untersuchung ist einer von mehreren Bausteinen, die die Landesregierung zum Schutz gewaltbetroffener Frauen auf den Weg bringt. Bereits 2017 hat das Land die finanziellen Mittel für die Hilfeeinfrastructure auf 9,47 Millionen Euro erhöht. Mit den Landeshaushalten 2018 und 2019 erfolgte eine weitere Erhöhung um insgesamt eine Million Euro, deren nachhaltige Verwendung in einer gemeinsamen Zielvereinbarung zwischen dem Land und der Trägerlandschaft festgelegt wurde.

Hintergrund:

- Die Landesregierung fördert ein flächendeckendes Netz an Schutz- und Hilfeeinrichtungen: 62 Frauenhäuser, 58 allgemeinen Frauenberatungsstellen, 52 Fachberatungsstellen gegen sexualisierte Gewalt, 8 spezialisierten Beratungsstellen für Menschenhandelsopfer sowie 2 Beratungsstellen für Opfer von Zwangsheirat erhalten Landeszuwendungen.
- Bei der Auftragnehmerin „zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.“ handelt es sich um ein sozialwissenschaftliches Institut aus Göttingen, das über langjährige Expertise verfügt. Zentrale Themenfelder des Unternehmens sind u.a. (Anti-) Diskriminierung und Gewalt im persönlichen Nahraum.



Für 210 Millionen Euro zweites beitragsfreies Kita-Jahr

Ab 2020/2021 soll in NRW ein zweites elternbeitragsfreies Kita-Jahr eingeführt werden. Gegenwärtig ist nur das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung beitragsfrei. Die Kosten veranschlagt Familienminister Stamp mit rd. 210 Millionen Euro. Eine generelle Beitragsfreiheit werde es für Eltern von Kita-Kindern in NRW nicht geben, kündigte er an. Nach Schätzungen seines Ministeriums würde eine allgemeine Kita-Gebührenfreiheit das Land etwa 750 bis 800 Millionen Euro kosten.



(fpd 16.01.19)

Prostituiertenberatung – nötig auch im ländlichen Raum und jetzt erschwert

Über die Tätigkeit ihrer Prostituiertenberatungsstelle „TAMAR“ hat die Evangelische Frauenhilfe in Westfalen anlässlich eines Informationsbesuchs von SPD-Landtagsabgeordneten informiert. Demnach haben die Mitarbeiterinnen in den letzten 3 Jahren „mehr als 1.200 Frauen in der aufsuchenden Arbeit“ in Südwestfalen und im Münsterland kontaktiert. „Nicht nur im städtischen, sondern auch im ländlichen Raum sei die Beratung von Prostituierten eine große Notwendigkeit“, wurde betont. In der Mitteilung der EFHiW heißt es: „Nach Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes arbeiten viele Frauen nicht mehr in Clubs, sondern zunehmend anonym über das Internet. Das erschwert die Beratungsarbeit von TAMAR. Insbesondere Fragen von Krankenversicherung, Unterkunft, Gesundheitsberatung, Schuldenberatung, Zugang zu Bildung sowie Möglichkeiten der Zusammenführung mit ihren Kindern stehen im Vordergrund der Beratungsarbeit.“

(fpd 16.01.19)



„Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und Du“

Wanderausstellung zu Frauen und Gewalt www.haelfte-des-himmels.de

Diese Ausstellung nähert sich dem Thema ungewohnt. Sie stellt nicht die Gewalt in den Vordergrund, sondern teilt mit uns den liebevollen Blick auf 99 Frauen aller Altersstufen und Lebenslagen. Frauen ohne und Frauen mit Gewalterfahrungen. Von 15 bis 92 Jahren, von überall her...

Infos: siehe Anlage





AUSSTELLUNGS-ERÖFFNUNG
**„Die Hälfte des Himmels -
 99 Frauen und Du“**
 im Leopold-Hoesch-Museum
 Düren am 25.11.2016

Von links:
Carmen Heller-Macherey,
 stellvertretende Bürgermeisterin
 der Stadt Düren,
Dr. Renate Goldmann,
 Museumsleiterin
Annette Schiffmann,
 Kuratorin
Christina van Essen, Frauen-
 beauftragte der Stadt Düren,
Andrea Kenter,
 Gleichstellungsbeauftragte des
 Kreises.

99 Mut machende Porträts von Frauen voller Selbstbewusstsein und Würde

Fünf Frauen eröffneten die Ausstellung „Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und Du!“, die noch bis zum 19. Februar 2017 im Lichthof des Leopold-Hoesch-Museums bei freiem Eintritt zu sehen ist.

Kuratorin Annette Schiffmann freute sich sehr darüber, dass sie Die Hälfte des Himmels sechs Jahre nach deren Premiere zum 75. Mal in den schönen Räumen des Dürener Leopold-Hoesch-Museums zeigen kann.

Die Idee zu der ungewöhnlichen Ausstellung entstand, als Annette Schiffmann, die unter anderem ein Frauenhaus und einen Frauennotruf in Sachen Öffentlichkeitsarbeit berät, wieder einmal gebeten wurde, eine Statistik zu Gewalt an Frauen auf Plakaten vorzustellen. „Ich wollte nicht mehr zum xten Mal eine Litanei des Grauens in Zahlen fassen“, erzählte Annette Schiffmann, die selber als Kind verschiedene Arten heftiger Gewalt erlebte. Aus dem „Nein“ zu den Zahlen wurde ein „Ja“ dazu, der Statistik ein Gesicht zu geben.

Anderthalb Jahre brauchte sie, um die Idee umzusetzen, 99 Frauen zu finden, die im Foto porträtiert und interviewt wurden. Allen stellte sie die gleichen fünf Fragen: Die erste „Worauf sind Sie stolz in Ihrem Leben“ gibt die Stimmung vor, in der das Gespräch geführt wurde, öffnete die Frauen dafür. „Was gefällt Ihnen daran, eine Frau zu sein?“ regte zum Nachdenken an. „Es ist schön zu erleben, wie viel uns verbindet über Alters- und Landesgrenzen hinweg“ ist das Fazit von Annette Schiffmann zu den Antworten darauf. Die dritte Frage „Was haben Sie dabei als Nachteil erlebt“ führte schon dicht an Frage Nummer 4 heran „Sind Sie jemals mit Gewalt in Berührung gekommen?“ Als letztes wurden die Frauen, die zwischen 15 und 92 Jahre alt waren und zwar alle in Deutschland leben aber unterschiedliche kulturellen Hintergründe haben, gefragt: „Die gute Fee erfüllt dir drei Wünsche - was muss sie tun, damit unsere Kinder - die Mädchen und die Jungen - ohne Angst und in Würde groß werden können?“

Die Antworten darauf sind ein Pool an Ideen, die - so Annette Schiffmann - „ganz konkrete Lösungen vorgeben für alle Probleme“. Das in den Interviews am meisten verwendete Wort ist „Achtung/Respekt“ und das macht deutlich, sagt die Kuratorin, dass Respekt die Basis für die Lösung aller Probleme ist, Respekt vor sich selbst und vor anderen.

Anstelle des hundertsten Porträts hängt ein Spiegel an der Wand, macht die Besucherinnen und Besucher dadurch zum Teil der Ausstellung, die ihren Titel aus dem chinesischen Sprichwort herleitet „Frauen tragen die Hälfte des Himmels, deshalb sollte sie ihnen auch gehören“.

Die 99 Fotos zeigen Frauen voller Selbstbewusstsein und Würde, sie blicken nicht nach unten in den Abgrund, in die Hölle der Gewalt, sondern richten den Blick nach vorne, machen anderen Mut.

Die Interviews kann man sich über Kopfhörer in transportablen Audio-Guides beim Betrachten der Bilder anhören, so dass sich die Ausstellung selber erklärt und auch bestens für Schulklassen geeignet ist.

Die Ausstellung kann ausgeliehen werden - 2017 sind noch Termine frei.
www.haelfte-des-himmels.de

„Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und Du“ - Variante 55 Frauen Wanderausstellung zu Frauen und Gewalt www.haelfte-des-himmels.de

Diese Ausstellung nähert sich dem Thema ungewohnt.

Sie stellt nicht die Gewalt in den Vordergrund, sondern teilt mit uns den liebevollen Blick auf 99 Frauen aller Altersstufen und Lebenslagen. Frauen ohne und Frauen mit Gewalterfahrungen. Von 15 bis 92 Jahren, von überall her...

Gewalt geschieht meistens im Verborgenen. Zuhause, hinter verschlossener Tür, draußen im Dunkeln. Auch hier ist sie (fast) nicht zu sehen. Es könnte jede sein. **Es ist nicht jede. Dies ist keine Opfer-Ausstellung. Alle zeigen sich gemeinsam. Die Betroffenen und die nicht unmittelbar Betroffenen.**

Die Botschaft: Wir alle stehen füreinander ein. In Solidarität. 99 Ideen, wie es anders werden könnte: Es sollte keine sein.

55 Fotos und 99 Interviews zum Hören. Die Fragen:

- Worauf bist du in deinem Leben stolz?
- Was ist für dich das Schöne daran, eine Frau zu sein?
- Was das Unangenehme?
- Bist du in deinem Leben je mit Gewalt in Berührung gekommen?
- Was wünschst du dir von der guten Fee, damit Mädchen und Jungen ohne Angst und in Würde aufwachsen können?

Was Sie bekommen, wenn Sie die Ausstellung ausleihen:

- 55 Foto-Portraits im Format 35 x 35 cm, matt laminiert aufgezogen auf Leichtschaumplatten, Hängegewicht je Tafel ca. 200 g
- 4 Schrifttafeln & 1 Spiegel im selben Format = **60 Tafeln insgesamt**
- **1 CD MP3-Format** mit 156 Musikstücken von Frauen
- 99 Interviews auf 10 tragbaren Audio-Guides (Museumsführern) + Kopfhörer
- Texte und Fotos für Druck- und Online-Werbung
- Ein Lay-Out-Angebot von mir für Einladungen und Plakate
- Kontakte zu Teilnehmerinnen und anderen für Begleitveranstaltungen

Was Sie selbst benötigen:

- 20 – 30 laufende Wandmeter – auch über mehrere, jedoch unbedingt offen zusammenhängende Räume möglich. **In großen Foyers sind Stellwände ideal.** Davon werden je nach Format ca. 18 – 25 benötigt.
Bitte beachten Sie, dass Treppenhäuser meist nicht geeignet sind.
- 8 - 10 bequeme Sitzgelegenheiten & **1 MP3-Player**
- 1 Person zur Ausgabe der Guides + Katalogverkauf während der Öffnungszeiten oder stundenweise

Ausleihgebühr für 7 - 21 Tage: 750.- Euro, 4. Woche + 150.- Euro.

Darin enthalten sind Transport zu Ihnen, Versicherung, Aufbau durch mich (mit Ihrer Hilfe).

Der Rücktransport (nach Absprache) kostet Sie max 30.- Euro

Kosten für die Kuratorin: Anreise nach Bahncard 50 + Honorar für die

Eröffnung der Ausstellung: 200.- Euro (evtl. reduzierbar)

Unterbringung und Verpflegung (gerne auch privat möglich, zur Orientierung: 25 Euro Verpflegungspauschale/Tag)

OPTIONALE Begleitveranstaltungen mit DIA-Show:

„Der Statistik ein Gesicht geben – die lange Reise durch die Himmelshälfte“

„Wege aus der Gewalt – 99 Frauen und ihre Wünsche an die gute Fee“

300.- Euro pro Abend (evtl. verhandelbar)

Kontakt: Annette Schiffmann – Heidelberg – mobil: 0172-77 40 333
anna.schiff@t-online.de - www.haelfte-des-himmels.de

„Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und Du“

Wanderausstellung zu Frauen und Gewalt www.haelfte-des-himmels.de

Diese Ausstellung nähert sich dem Thema ungewohnt.

Sie stellt nicht die Gewalt in den Vordergrund, sondern teilt mit uns den liebevollen Blick auf 99 Frauen aller Altersstufen und Lebenslagen. Frauen ohne und Frauen mit Gewalterfahrungen. Von 15 bis 92 Jahren, von überall her...

Gewalt geschieht meistens im Verborgenen. Zuhause, hinter verschlossener Tür, draußen im Dunkeln. Auch hier ist sie (fast) nicht zu sehen. Es könnte jede sein. **Es ist nicht jede. Dies ist keine Opfer-Ausstellung. Alle zeigen sich gemeinsam. Die Betroffenen und die nicht unmittelbar Betroffenen.**

Die Botschaft: Wir alle stehen füreinander ein. In Solidarität. 99 Ideen, wie es anders werden könnte: Es sollte keine sein.

99 Fotos und 99 Interviews zum Hören. Die Fragen:

- Worauf bist du in deinem Leben stolz?
- Was ist für dich das Schöne daran, eine Frau zu sein?
- Was das Unangenehme?
- Bist du in deinem Leben je mit Gewalt in Berührung gekommen?
- Was wünschst du dir von der guten Fee, damit Mädchen und Jungen ohne Angst und in Würde aufwachsen können?

Was Sie bekommen, wenn Sie die Ausstellung ausleihen:

- 99 Foto-Portraits im Format 35 x 35 cm, matt laminiert aufgezoogen auf Leichtschaumplatten, Hängegewicht je Tafel ca. 200 g
- 4 Schrifttafeln & 1 Spiegel im selben Format = 105 Tafeln insgesamt
- 1 CD mit 156 Musikstücken von Frauen
- 99 Interviews auf 12 tragbaren Audio-Guides (Museumsführern) + Kopfhörer
- Texte und Fotos für Druck- und Online-Werbung
- Ein Lay-Out-Angebot von mir für Einladungen und Plakate
- Kontakte zu Teilnehmerinnen und anderen für Begleitveranstaltungen

Was Sie selbst benötigen:

- 30 – 50 laufende Wandmeter (je nach Gegebenheiten kann doppelreihig gehängt werden) – auch über mehrere zusammenhängende Räume möglich.
In großen Foyers sind Stellwände ideal. Davon werden je nach Format ca. 30 – 35 benötigt.
Bitte beachten Sie, dass Treppenhäuser meist NICHT geeignet sind!
- 8 - 10 bequeme Sitzgelegenheiten & 1 MP3-Player
- 1 Person zur Ausgabe der Guides + Katalogverkauf während der Öffnungszeiten oder stundenweise

Ausleihgebühr für 7 - 21 Tage: 1200.- Euro, 4. Woche + 180.- Euro.

Darin enthalten sind Transport zu Ihnen, Versicherung, Aufbau durch mich (mit Ihrer Hilfe) und 1 große Fahne für Außenwerbung im Format ca. 1,00 x 3,50 m.

Der Rücktransport kostet Sie max. 50.- Euro

Kosten für die Kuratorin: Anreise nach Bahncard 50 + Honorar für die

Eröffnung der Ausstellung: 200.- Euro (in Notlagen reduzierbar)

Unterbringung und Verpflegung (gerne auch privat möglich, zur Orientierung: 25 Euro Verpflegungspauschale/Tag)

OPTIONALE Begleitveranstaltungen mit DIA-Show:

„Der Statistik ein Gesicht geben – die lange Reise durch die Himmelshälfte“

„Wege aus der Gewalt – 99 Frauen und ihre Wünsche an die gute Fee“

300.- Euro pro Abend (verhandelbar)

Kontakt: Annette Schiffmann – Heidelberg – mobil: 0172-77 40 333

anna.schiff@t-online.de - www.haelfte-des-himmels.de